

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Direktion für allgemeine Verwaltung, Wirtschaft und Beschäftigung  
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

## Jugendliche in Ausbildung bringen

# Informationsvorlage

**Beschlusslauf**  
Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 05. März 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Jugendgemeinderat	17.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendgemeinderat	24.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendhilfeausschuss	25.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	14.02.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	01.03.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

**Inhalt der Information:**

*Jugendgemeinderat, Jugendhilfeausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung zur Kenntnis.*

## **Sitzung des Jugendgemeinderates vom 17.01.2007**

**Ergebnis:** beschlussunfähig

## **Sonder-Sitzung des Jugendgemeinderates vom 24.01.2007**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2007

### 4.1 **Jugendliche in Ausbildung bringen** Informationsvorlage 0001/2007/IV\_JGR

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Bock, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadtrat Krzcal, Stadtrat Prof. Dr. Sonntag und Stadträtin Dr. Lorenz

Nach eingehender Diskussion konkretisiert Frau Stadträtin Bock (GAL) die gestellten **Anträge** zum Thema wie folgt:

1. *Die Stadt Heidelberg startet mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Initiative zur Schaffung rechtlicher Voraussetzungen, die es ermöglichen, die Ausbildungsplatzquote sowie die Anzahl der schulischen Praktikumsplätze beispielsweise im Rahmen der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) prozentual zu den Beschäftigten eines Unternehmens als soziales Kriterium für die Vergabe städtischer Aufträge heranziehen zu können.  
Das Rechtsamt und das Amt für Wirtschaftsförderung prüfen, ob eine derartige Verknüpfung vergaberechtlich in zulässiger Weise hergestellt werden kann.*
2. *Herrn Oberbürgermeister wird vorgeschlagen im Stadtblatt und auf den Internetseiten der Stadt Heidelberg eine Rubrik „Ich/Wir bilden aus, weil.....“ und eine Ausbildungsplatzbörse einzurichten, in der ausbildende Betriebe im Sinn einer positiven Bestärkung sich und ihre Ausbildungsmotive darstellen. Die Einrichtung der erwähnten Rubrik wäre als Angebot an die Ausbildungsbetriebe in Heidelberg jederzeit möglich.*
3. *Die Stadt Heidelberg lobt federführend mit IHK und Handwerkskammer einen jährlichen Ausbildungspreis für den am stärksten ausbildenden Betrieb, prozentual zur Anzahl der Beschäftigten mit vorbildlichen Ausbildungsplatzbedingungen entsprechend dem EQJ aus.*

Ergänzend stellt Stadträtin Dr. Werner-Jensen (SPD) folgenden **Antrag**:

*Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob es bereits einen Ansprechpartner für Auszubildende in Heidelberg gibt bzw. ob ein solcher zur Verfügung gestellt werden kann.*

Schließlich stellt Stadtrat Krczal (SPD) folgenden **Antrag**:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt Informationen über Erfahrungen mit Modellprojekten mit Seniormentoren/Patenschaftsmodelle für Auszubildende einzuholen und zu prüfen inwiefern diese auf die Stadt Heidelberg anwendbar sind.*

Herr Dr. Gerner stellt die **Anträge** zur Abstimmung

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

gez.  
**Dr. Joachim Gerner**  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.02.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.02.2007

### 3.1 **Jugendliche in Ausbildung bringen** Informationsvorlage – 0001/2007/IV\_JGR

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf die Tischvorlage „1. Ergänzung zur Drucksache 0001/2007/IV\_JGR“ vom 12.02.2007 hin.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Holschuh, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff

Stadtrat Holschuh hält an den im Jugendhilfeausschuss am 25.01.2007 gestellten Anträgen fest und bittet das Rechtsamt die Ziffer 1 „Öffentliche Ausschreibung/Vergabe“ der Tischvorlage zu konkretisieren. Die Tischvorlage enthält einen Zwischenbericht zu den im Jugendhilfeausschuss am 25.01.2007 gestellten Anträgen.

1. *Die Stadt Heidelberg startet mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Initiative zur Schaffung rechtlicher Voraussetzungen, die es ermöglichen, die Ausbildungsplatzquote sowie die Anzahl der schulischen Praktikumsplätze beispielsweise im Rahmen der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) prozentual zu den Beschäftigten eines Unternehmens als soziales Kriterium für die Vergabe städtischer Aufträge heranziehen zu können.  
Das Rechtsamt und das Amt für Wirtschaftsförderung prüfen, ob eine derartige Verknüpfung vergaberechtlich in zulässiger Weise hergestellt werden kann.*

Herr Mevius, Rechtsamt, informiert über die strengen vergaberechtlichen Vorschriften.

Den Anfang des **Antrages** in Ziffer 2 formuliert Stadtrat Holschuh um:

2. **Der Gemeinderat beschließt, dass der Oberbürgermeister** im Stadtblatt und auf den Internetseiten der Stadt Heidelberg eine Rubrik „Ich/Wir bilden aus, weil.....“ und eine Ausbildungsplatzbörse einrichtet, in der ausbildende Betriebe im Sinn einer positiven Bestärkung sich und ihre Ausbildungsmotive darstellen. Die Einrichtung der erwähnten Rubrik wäre als Angebot an die Ausbildungsbetriebe in Heidelberg jederzeit möglich.

Zu Ziffer 3 des Antrages und den in der Ergänzungsvorlage dargelegten Bedenken bittet Stadtrat Holschuh die Verwaltung, nochmals mit der Industrie- und Handelskammer und der Kreishandwerkerschaft Gespräche zu führen, den Preis **einmalig** auszuloben, vorab die Kriterien festzulegen, Erfahrungen auszuwerten und dem Gemeinderat dann einen Bericht vorzulegen.

3. Die Stadt Heidelberg lobt federführend mit IHK und Handwerkskammer einen jährlichen Ausbildungspreis für den am stärksten ausbildenden Betrieb, prozentual zur Anzahl der Beschäftigten mit vorbildlichen Ausbildungsplatzbedingungen entsprechend dem EQJ aus.

Oberbürgermeister Dr. Würzner führt aus, dass die Verwaltung dieses wichtige Thema grundsätzlich unterstützen werde, sieht aber die Schwierigkeit in der Handhabung. Zu Ziffer 3 nimmt er den Arbeitsauftrag an die Verwaltung an und stellt den umformulierten **Antrag** (Ziffer 2) zur Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschließt, dass der Oberbürgermeister** im Stadtblatt und auf den Internetseiten der Stadt Heidelberg eine Rubrik „Ich/Wir bilden aus, weil.....“ und eine Ausbildungsplatzbörse einrichtet, in der ausbildende Betriebe im Sinn einer positiven Bestärkung sich und ihre Ausbildungsmotive darstellen. Die Einrichtung der erwähnten Rubrik wäre als Angebot an die Ausbildungsbetriebe in Heidelberg jederzeit möglich.

**Abstimmungsergebnis:** beschlossen mit 14 Ja-Stimmen

gez.  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Beschluss und Arbeitsauftrag an die Verwaltung



## Sitzung des Gemeinderates vom 01.03.2007

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 01.03.2007:

### 15.1 **Jugendliche in Ausbildung bringen** Informationsvorlage 0001/2007/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Bock, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Nimis, Stadträtin Beck

Bezugnehmend auf die Ziffer 1 des im Jugendhilfeausschuss gestellten Antrages der GAL-Grünen-Fraktion, der es ermöglichen soll, die Ausbildungsplatzquote sowie die Anzahl der schulischen Praktikumsplätze eines Unternehmens als „soziales Kriterium“ für die Vergabe städtischer Aufträge heranzuziehen, stellt Stadträtin Bock folgenden **Antrag**:

Die Stadt setzt sich beim Städtetag Baden-Württemberg und beim Deutschen Städtetag dafür ein, dass bei gleichwertigen Angeboten das Kriterium der Ausbildungsplatzquote eines Unternehmens für eine Vergabe nach Bundes- oder Landesgesetz herangezogen werden kann.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt zu, dass nicht nur er, und so möchte er es auch verstanden wissen, sondern auch alle anderen, die seitens der Stadt in den entsprechenden Gremien vertreten sind, sich dafür einsetzen werden.

Eine Abstimmung des Antrages ist mit der Zusage von Oberbürgermeister Dr. Würzner somit nicht mehr erforderlich.

Bezüglich der Berufspatenschaften (Antrag Stadträtin Dr. Werner-Jensen) ist sich Stadträtin Dr. Lorenz nicht sicher, ob die Arbeit des Jugendberufsberaters nicht noch verbessert werden könnte.

Oberbürgermeister Dr. Würzner nimmt dies als Hinweis auf.

Stadtrat Nimis regt an, Jugendliche besser zu erfassen, die möglicherweise nach Absolvierung des Berufsvorbereitungsjahrs noch ohne Ausbildung sind und von der Schule nicht mehr erfasst und noch in keinem Ausbildungsverhältnis stehen.

Der im Haupt- und Finanzausschuss beschlossene **Antrag**

**Der Gemeinderat beschließt, dass der Oberbürgermeister** im Stadtblatt und auf den Internetseiten der Stadt Heidelberg eine Rubrik „Ich/Wir bilden aus, weil.....“ und eine Ausbildungsplatzbörse einrichtet, in der ausbildende Betriebe im Sinn einer positiven Bestärkung sich und ihre Ausbildungsmotive darstellen. Die Einrichtung der erwähnten Rubrik wäre als Angebot an die Ausbildungsbetriebe in Heidelberg jederzeit möglich.

wird entsprechend umgesetzt und daher nicht mehr zur Abstimmung gestellt.

gez.

Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis: Kenntnis genommen**

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

Die Information zum Thema Jugendliche in Ausbildung bringen hat keine Auswirkungen auf die Ziele des Stadtentwicklungsplans.

### **Begründung:**

Das Thema Ausbildung für Jugendliche bezeichnet eine der zentralen Herausforderungen, die sich nicht nur an die Wirtschaft, sondern insgesamt an die Gesellschaft richtet. Neben der Notwendigkeit einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen in Handwerk, Industrie und im Dienstleistungssektor treten Fragen der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen, die die Schule verlassen, zunehmend in den Vordergrund. Dabei geht es nicht nur um sozial benachteiligte Jugendliche mit zum Teil eingeschränkter Ausbildungs- und Berufsperspektive, sondern um eine größer werdende Gruppe aus allen sozialen Bereichen. Schul- und familienpolitische Fragestellungen zur Lösung dieser Problematik sind deshalb zunehmend einzubeziehen.

Die Stadt Heidelberg hat sich auf vielen Ebenen dem Thema der Ausbildung junger Menschen gewidmet. Dazu gehört vor allem eine verstärkte und zielgerichtete schulpädagogische Arbeit.

Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag (§ 13 SGB VIII) hat die Heidelberger Jugendhilfe für junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigung in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, institutionalisierte sozialpädagogische Hilfen geschaffen, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern. Der bei der Stadt tätige Jugendberufshelfer unterstützt die Haupt- und Förderschulen in ihrer Konzeptionsarbeit zur Förderung der Berufsreife und fördert durch Unterrichtsmodule im Klassenverband und durch wiederholte Einzelberatung die Ausbildungsmotivation sowie die Berufs- und Ausbildungsorientierung der dortigen Schüler/innen. An zwei Heidelberger Berufsschulen (Marie-Baum-Schule, Johannes-Gutenberg-Schule) führt Jobfit Heidelberg e.V. gefördert durch die Stadt Heidelberg berufs- und ausbildungsorientierte Beratung und Begleitung für die Schüler/innen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ), des Berufseinstiegsjahres (BEJ) und der Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) durch. Die Jugendsozialarbeit für diese Zielgruppe wird ergänzt durch landes-, bundes- und ESF-geförderte Projekte der Jugendagentur Heidelberg.

Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und den Kammern und Verbänden der Wirtschaft bemüht sich die Stadt zu Beginn eines jeden Ausbildungsjahres um die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsangebote. Die Stadt selbst hat es zu ihrem Grundprinzip erklärt, erheblich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen als sie selbst für ihren Personalbedarf benötigt. Auf diese Weise will die Stadt Heidelberg ganz bewusst Berufschancen auch außerhalb ihrer eigenen Verwaltung schaffen.

Der vorliegende Antrag der Gemeinderatsfraktion GAL-Grüne-Heidelberg will die Aktivitäten der Stadt Heidelberg in dreierlei Hinsicht weiter verstärken

1. Die Stadt Heidelberg startet mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Initiative zur Schaffung rechtlicher Voraussetzungen, die es ermöglichen, die Ausbildungsplatzquote eines Unternehmens als ein Kriterium für die Vergabe städtischer Aufträge heranziehen zu können.

Es ist zu prüfen, ob eine derartige Verknüpfung vergaberechtlich in zulässiger Weise hergestellt werden kann. Stimmt der Gemeinderat dieser Initiative zu, wird die Stadt Heidelberg den kommunalen Spitzenverbänden vorschlagen, diese Überprüfung vor-

zunehmen. Insoweit wäre zunächst mit dem Städtetag Baden-Württemberg Kontakt aufzunehmen.

2. Im Stadtblatt wird eine Rubrik "Ich/Wir bilden aus, weil .....", in der ausbildende Betriebe im Sinn einer positiven Bestärkung sich und ihre Ausbildungsmotive darstellen. Die Einrichtung der erwähnten Rubrik im Stadtblatt wäre als Angebot an die Ausbildungsbetriebe in Heidelberg jederzeit möglich.
3. Die Stadt Heidelberg lobt gemeinsam mit IHK und Handwerkskammer einen jährlichen Ausbildungspreis für den am stärksten ausbildenden Betrieb aus. Das dazu erforderliche Ranking wird in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden der Wirtschaft erstellt und veröffentlicht.

Wenn der Gemeinderat beschließt, dass die Stadt Heidelberg gemeinsam mit IHK Rhein-Neckar und Handwerkskammer einen jährlichen Ausbildungspreis ausloben möchte, wäre dies ebenfalls als Vorschlag den beiden Institutionen zu unterbreiten. Dabei hat sich seit langem in der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Stadt als positiv erwiesen, Anregungen und Initiativen stets auch im Vorfeld von formalen Entscheidungen der gemeinderätlichen Gremien in der Wirtschaftskonferenz zu erörtern. Die Wirtschaftskonferenz ist ein beratendes Gremium, in dem die Kammern und Verbände der Wirtschaft, die Sozialpartner, die Arbeitsverwaltung, Universität und Stadt in Wirtschaftsfragen zusammenarbeiten. Das Votum der Wirtschaftskonferenz könnte dann in die weiteren Beratungen der gemeinderätlichen Gremien einbezogen werden.

Die Beratung des gestellten Antrags sollte darüber hinaus die Frage einschließen, ob eine derartige Initiative auch den Gremien der Metropolregion Rhein-Neckar unterbreitet werden sollte. Die Ausbildung Jugendlicher ist ein zentrales Anliegen der Metropolregion Rhein-Neckar.

gez.

Dr. Eckart Würzner

<b>Anlage zur Drucksache:</b>	
<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
A 1	1. Ergänzung mit Datum vom 12.02.2007 – Tischvorlage im Haupt- und Finanzausschuss am 14.02.2007